

Interfraktioneller Antrag

SPD-Gemeinderatsfraktion
 GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
 vom 20.10.2005
 eingegangen am 20.10.2005

18. Sitzung des Gemeinderates am 22.11.2005

TOP 11

Vorlage Nr. 457

Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich Dez. 2

Barrierefreie Haltestelle am Hauptbahnhof

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Es ist das Ziel der Stadtverwaltung, flächendeckend einen barrierefreien Zugang zum öffentlichen Verkehr zu ermöglichen. Der Hauptbahnhof ist eine wichtige Drehscheibe zwischen Fern- und Nahverkehr. Das Ziel eines barrierefreien Zugangs kann aus verkehrstechnischen Gründen und aufgrund aktuell fehlender Zuschussmittel nur langfristig realisiert werden. Der Bahnhofsvorplatz ist zudem ein städtebaulich sensibler Bereich, daher muss eine Umbaulösung auch stadtgestalterisch überzeugen.

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig!

 Finanzielle Auswirkungen nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:

Ergänzende Erläuterungen

Kosten werden erst nach Fertigstellung der Planung ermittelt.

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) nein ja durchgeführt amAbstimmung mit städtischen Gesellschaften nein ja abgestimmt mit

Es ist das Ziel der Stadtverwaltung, flächendeckend im gesamten Stadtgebiet einen barrierefreien Zugang zu allen Fahrzeugen und Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs zu ermöglichen. Die Verkehrsbetriebe haben hierzu ein langfristiges Programm aufgestellt. Dieses sieht sukzessive den behindertengerechten Ausbau ihrer Haltestellen sowie den Austausch von älteren Hochflur-Fahrzeugen durch moderne Niederflurbahnen und –busse vor.

Mit der Realisierung des Programms wurde bereits begonnen. Seit 1995 werden nur noch Niederflurfahrzeuge beschafft. Des Weiteren wurden in den letzten Jahren alle Neubaus Strecken behindertengerecht gebaut. Daneben wurden zahlreiche bestehende Haltestellen, unter anderem der komplette Streckenabschnitt zwischen Weinbrennerplatz und Oberreut umgebaut, um einen niveaufreien Einstieg ins Fahrzeug zu ermöglichen.

Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation beim Land ist der weitere Ausbau ins Stocken geraten. Der behindertengerechte Umbau der Haltestellen ist grundsätzlich nach dem Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungsgesetz zuschussfähig. Leider werden seit etwa drei Jahren keine Bewilligungsbescheide für solche Maßnahmen mehr erteilt. Daher haben die Verkehrsbetriebe aus finanziellen Gründen den Umbau der bestehenden Haltestellen unterbrochen. Ohne Baufreigabe oder Bewilligungsbescheid durch das Innenministerium Baden-Württemberg wären die Zuschüsse verloren.

Der Hauptbahnhof ist eine wichtige Drehscheibe des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs. Der Bahnhofsvorplatz wird von sechs Straßen- und Stadtbahnlinien sowie vier Omnibuslinien bedient. Dabei kommen die unterschiedlichsten Fahrzeugtypen, unter anderem auch Stadtbahnwagen aus den 80er-Jahren zum Einsatz, die eine Einstiegshöhe von einem Meter haben. Ein barrierefreier Zugang wäre daher zunächst nur für die Linien denkbar, auf denen Niederflurfahrzeuge eingesetzt werden. Daher hatten in dem Programm der Verkehrsbetriebe zunächst die Haltestellen Priorität, die ausschließlich von Niederflurwagen bedient werden. Langfristig ist aber auch der Bahnhofsvorplatz für einen barrierefreien Zugang vorgesehen.

Aufgrund seiner historischen und städtebaulichen Bedeutung muss beim Bahnhofsvorplatz aber sensibel vorgegangen werden. Aus städtebaulichen Gründen sollte der Platz möglichst als ebene Fläche in seiner Gesamtheit erhalten bleiben. Die heutigen Haltestellen mit einer Bahnsteighöhe von lediglich 15 Zentimetern können von Passanten problemlos überquert werden. Für die Niederflurwagen wären jedoch Bahnsteighöhen von 34 Zentimetern, für die Zweisystemwagen von 55 Zentimetern notwendig, so dass eine rasche Querung von Fußgängern nicht mehr möglich wäre. Denkbar wäre gegebenenfalls eine „Buckellösung“ jeweils im vorderen Bahnsteigbereich, wie sie derzeit für die Haltestelle Herrenstraße vorgesehen ist. Aber auch eine solche Lösung muss städtebaulich überzeugen. Dies wird von Stadtplanern eher kritisch gesehen. Die Situation muss daher zwischen den beteiligten Ämtern intensiv diskutiert werden. Ziel muss sein, eine städtebaulich überzeugende Lösung zu finden, die den Belangen der behinderten Fahrgäste Rechnung trägt.

Aufgrund der geschilderten finanziellen Situation ist allerdings eine kurz- bis mittelfristige Umsetzung nicht realistisch. Durch die aktuellen politischen Entwicklungen, zum Beispiel der geplanten Kürzung der so genannten Regionalisierungsmittel als wichtigste Finanzierungsquelle des öffentlichen Personennahverkehrs, wird sich die Situation eher noch verschärfen.